

Artikel vom 30.11.2022

Wie kommen wir aus der Energiekrise

Dr. Bernhard Widmann, Leiter des TFZ, begeistert mit Vortrag bei JU und CSU



Dr. Widmann mit den Vertretern der CSU und JU

„Wie unsere Gesellschaft aus der Energiekrise kommt und wie die künftige Energieversorgung aussehen kann, ist eine Frage, die, wie man sieht, viele Menschen bewegt“. So leitete Ortsvorsitzender, Bürgermeister und Kreisrat Anton Piermeier am gestrigen Mittwoch die mit rund 50 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung der JU und CSU Sankt Englmar im Gasthaus Bayerwald mit Referent Dr. Bernhard Widmann, dem Leiter des Technologie- und Förderzentrums Straubing, ein.

Dr. Widmann begann mit einer Veranschaulichung der globalen Erwärmung in den letzten einhundert Jahren. Er stellte dazu fest, dass es dieses nicht zu leugnende Problem nun zu anzupacken gelte. Dabei könne er sicher keinen allumfassenden Lösungsansatz bieten, aber die hohe Chancenvielfalt regenerativer Energien faktenbasiert darstellen und mit passenden Impulsen zum Nachdenken anregen. Ein zentraler Baustein, der Erderwärmung und der Energiekrise zu begegnen, seien die sogenannten „drei E“. Beim „Einsparen“ könne jeder einen Beitrag leisten. Man müsse sich hierfür immer wieder die Frage stellen, ob man auf die Anschaffung bestimmter Güter verzichten und den Verbrauch von Energie in manchen Bereichen, z. B. kein Standby nutzen, nicht auch reduzieren kann. „Effizienz“ müsse, wenngleich die Beschaffung dadurch oft ein wenig teurer ist, ebenso Eingang in die Überlegungen finden. Und schließlich liege im sinnvollen Mix von

„Erneuerbaren Energien“ der Schlüssel für eine sichere Versorgung in der Zukunft und dem Stopp der weiteren Erderwärmung.

Durch die Nutzung fossiler Brennstoffe würde heute jedes Jahr die Menge an CO₂ in die Atmosphäre geführt, deren Entstehung rund 500.000 Jahre gedauert hat. So könne es nicht weiter gehen. Auch deshalb brach Dr. Widmann eine Lanze für die Land- und Forstwirtschaft. „Ohne sie können wir die Krise nicht überwinden“. Holz sei bei den erneuerbaren der bedeutendste Energieträger Deutschlands (31%). Es sei nichts anderes als festgehaltene Sonnenenergie und gebe nicht mehr an CO₂ an die Atmosphäre ab, als gespeichert wird. Dies gelte auch für die richtige, nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes. Staatsminister a. D. Helmut Brunner brachte dies mit der einfachen Formel „schützen durch nützen“ auf den Punkt.

Klar sei aber auch, dass man die Erzeugung regenerativer Energie nicht wieder „wegdelegieren“ könne. Diese werde regional bzw. direkt vor Ort geschehen müssen. Eine damit einhergehende Veränderung unserer Kulturlandschaft – ohne das negativ zu bewerten – sei unvermeidlich. Durch Aufklärung, z. B. könnten aus einem Hektar Raps zwei Tonnen Eiweißfutter und als Nebenprodukt 1400 l Kraftstoff gewonnen werden, werde die Akzeptanz, auch für Nutzpflanzen, erhöht. Bürgerbeteiligung sei ein ebenso probates Mittel, um Energieproduktion vor der Haustür zu realisieren. Und nicht zuletzt komme es auf das demokratische Ringen aller am Prozess Beteiligten an, um das Für und Wider welcher Form der Energieerzeugung an welchem Ort sorgfältig abzuwägen.

„Natürlich sind das in der Summe große Herausforderungen“, kam Dr. Widmann zum Fazit. Allerdings dürfe man schon Vertrauen in den deutschen Ingenieursgeist und die Transformationskraft der heimischen Landwirtschaft haben. Zudem sei es notwendig, auf allen Ebenen endlich zu verinnerlichen, dass Nahrung und Energie „Lebens-Mittel“ sind, insofern energetische Grundbedürfnisse abgedeckt werden. Bioenergie sei, wie sich an den genannten Beispielen zeigen lässt, nicht Teil des Problems, sondern vielmehr wichtiger Teil der Lösung. Energieerzeugung vor Ort benötige Akzeptanz für die ganze Vielfalt (Bioenergie, Sonnen-, Wasser- und Windenergie). Und, gerade darauf komme es an: „Jeder Einzelne muss bei sich anfangen bzw. mitmachen.“

Nach intensiver Diskussion beendete Bürgermeister Anton Piermeier die Veranstaltung mit einem Vergelt's Gott für einen gewinnbringenden Abend und fügte an, dem ein oder anderen von Dr. Widmann angesprochenen Punkt auch in der örtlichen Politik künftig noch mehr Gewicht verschaffen zu wollen.